

**1.2 Der Fall wird zwar bei der Kommunalverwaltung, nicht aber im Rechenzentrum der Finanzverwaltung geführt:**

Der wesentliche Teil **dieser** Fälle dürfte durch die Aufklärung der Fälle nach Nr. 1.1 bereinigt sein. Ein weiterer Teil müsste durch die Gemeinden geklärt werden können (**denkbar** sind z. B. reine **Gebührenkonten**, noch nicht bewertete wirtschaftliche Einheiten, unter anderer EW-Nr. erfasste Fälle, nicht ausgewertete Aufhebungsmitteilungen aus personellem Verfahren u. ä.). Zur Bereinigung des verbleibenden Restes erhalten die Finanzämter von den Gemeinden Ausdrücke mit folgenden Informationen:

- Belegenheit
- evtl. (alte) EW-Nr.
- Meßbetrag
- Name und Anschrift des Steuerschuldners  
(soweit möglich).

### 1.3 Differenzen im Dateninhalt

Ein Abgleich insoweit kann sich je nach örtlichen Erfordernissen erstrecken auf

- Meßbetrag
- Stichtag
- lfd. Nummer der Datenlieferung.

Bei der testweisen Erprobung des Bestandsabgleichs in den vier kommunalen Datenzentralen hat sich ergeben, daß sich mit diesen Angaben eine sehr hohe Vergleichsgenauigkeit erreichen läßt. Abweichungen bezüglich der lfd. Nummern der letzten Datenlieferung können nur innerhalb der Gemeinde/kommunalen Datenzentrale geklärt werden. Den Finanzämtern ist diese Nummer unbekannt.

Differenzen bei Stichtag und Meßbetrag müssen - sofern nicht bereits vom Steueramt aufklärbar - zwischen den betroffenen Stellen abgestimmt werden. Dazu sind die Differenzen mit den notwendigen Daten in einem Ausdruck auszuweisen. c

## Muster

## UEBERSCHRIFT VARIATION 1

**GRUNDSTUECKSBEZEICHNUNG:** XXXXXXXXXX

[illegible]

DRUCKBILD EINZELBLATT

UEBERSCHRIFT 2: KEIN STAMMSATZ GRUNDSTEUER VORHANDEN

UEBERSCHRIFT 3: KEIN ABGLEICHDATENSATZ VORHANDEN !

UEBERSCHRIFT 4: MESSBETRAG STIMMT NICHT UEBEREIN!